

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 61 (1981)
Heft: 12

Rubrik: Blickpunkt

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 24.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Blickpunkt

PRAEFIX FRIEDEN

«Pazifismus ist eine sehr schöne Sache. Leider kann man damit keine Friedenspolitik machen.» Ein Wort des österreichischen Bundeskanzlers Bruno Kreisky, der auch sonst an jenem Vormittag, an dem er sich in Wien zum Gespräch mit Journalisten aus West und Ost auf Einladung des ORF-Intendanten Gerd Bacher und des Gesprächsleiters Paul Lendvai stellte, wohlüberlegt und treffend antwortete. So auf die Frage, ob die Amerikaner nunmehr eher auf Frankreich als auf die Bundesrepublik bauen sollten: «Dafür sind die Deutschen zu loyal und die Franzosen zu beweglich.»

Das Praefix «Frieden» gilt sowohl für die Friedensbewegung wie für Friedenspolitik, doch ist schwer geworden in der Bundesrepublik Deutschland im Gespräch auf diesen Unterschied hinzuweisen. Hier trifft man nunmehr Überzeugte, die solche Erwägungen von vornherein zurückweisen, und für böswillige Polemik ansehen, was nur Versuch der Analyse sein will. Eine Emotionalisierung ist eingetreten, die für Andersdenkende die Diskussion in der persönlichen Begegnung nicht mehr lohnend macht.

Auch die Ostsee hat das gleiche Praefix erhalten: Friedensmeer. Selbst nach dem peinlichen Stranden des atomar bewaffneten sowjetischen U-Boots an der schwedischen Küste wird der Ausdruck in der westlichen Presse nicht immer mit den Anführungszeichen versehen, die ihm gebühren.

Ein starkes Argument der deutschen

Pazifisten: die sowjetische Führung artikuliert – siehe das sogenannte «Spiegel-Interview», das von jenem Magazin selber als kollektives Werk aller zuständigen Ämter bezeichnet wird – ihre Vorstellungen, während uns aus Washington ein verunsicherndes Stimmengewirr erreicht, bei dem niemand mehr weiß, ob unterschiedliche Doktrinen und hypothetische Erwägungen – der «atomare Warnschuss» – Teil des Gerangels unter Rivalen sind oder wirklich einem verantwortlichen strategischen Denkprozess entsprechen, bzw. mehreren, die einander widersprechen, und von denen der Präsident nachträglich erklärt, sie stimmten irgendwie doch überein.

Die Sowjets bedrohen durch Taten, zu denen insbesondere die beschleunigte Aufrüstung als Antwort auf Präsident Carters «Vorleistungen» und Rüstungsverzichte gehörte; die Amerikaner verunsichern durch Geschwätz, das nur an Zuhörer im eigenen Land denkt, aber mitgehört wird, und den Gegnern der NATO, die mehr ein amerikanisches Abenteuer als sowjetische Überlegungen und Überlegenheit fürchten, immer neue Argumente liefert.

Gegen die Amerikaner, deren «offene Gesellschaft» die weltpolitische Führungsrolle arg erschwert, sind die Europäer überaus mutig; sie meinen etwa durch grobe Schmähungen Präsident Reagans am Fernsehen eine «Tat für den Frieden» zu vollbringen. «Der Spiegel», der sonst im Gespräch gern

in die Enge treibt, wagt nicht, Leonid Breschnjew nach der Invasion Afghanistan zu befragen, und braucht als Entschuldigung den dümmlichen Vergleich mit dem Papst und der unbefleckten Empfängnis. Man ist friedensbewegt, aber die Tatsache eines stattfindenden Krieges ist tabu.

Die Friedenskundgebungen in Frankreich und Italien sind ausschliesslich von den Kommunisten, also von einer Partei inszeniert, die sel-

ber niemals mit Pazifismus etwas gemein hatte. In der Bundesrepublik Deutschland sind die Kommunisten eine kleine Minderheit und nicht bestimmend. Doch müssten die in der Friedensbewegung Engagierten, die eher Reagan als Breschnjew fürchten, überlegen, ob man nicht den Mächtigen dieser Welt nach Luthers Rat eher auf die Fäuste sehen soll als aufs Maul.

François Bondy

SOZIALDEMOKRATEN IM ZWIESPALT

Die schweizerische Sozialdemokratie hat Sorgen. Sie wird von internen Richtungskämpfen geschüttelt. An ihrem Parteitag von Mitte Oktober, der ein Programmparteitag hätte sein sollen, wurden diese Kämpfe sozusagen auf der Breitleinwand der Öffentlichkeit ausgetragen. Und die Parteiführung musste ihr ganzes taktisches Geschick einsetzen, um die Zerreissprobe wenigstens so weit zu dämpfen, dass es nicht zu unreparierbaren Rissen kam. Aufgeschoben ist zwar auch hier nicht aufgehoben; doch dürfte es der in Krisen gestählten Parteispitze wohl gelingen, die zweite Runde der Programmdebatten von Anfang an besser unter Kontrolle zu halten und damit den von intellektuellen Programmatikern offenbar angestrebten Aufbruch zu völlig anderen, wenn auch nicht unbedingt neuen Horizonten zu verhindern.

Übrig bleibt allerdings die hauchdünne Ablehnung eines Antrags, der nach Parteipräsident Hubacher den «Abschied von der bisherigen Mitwirkung in der Exekutive» zur Folge ge-

habt hätte: 232 zu 231 Stimmen bedeuten nichts mehr und nichts weniger als die totale Regie des Zufalls in einer Frage, die wahrlich nicht allein innerparteilichen Stellenwert hat, sondern die Entscheidungsmechanismen unserer Konkordanzdemokratie überhaupt zentral berührt – ob im guten oder schlechten, bleibe dahingestellt, da die in letzter Zeit häufig beschworene Führungsschwäche zweifellos auch dadurch mitbedingt ist, dass die landläufige Kompromisssuche als politische Alltagsmethode angesichts der Zerrissenheit der linken Bundesratspartei alles andere denn positiv befruchtet wird.

Kaum ein Zufall dürfte allerdings sein, dass das Bild sozialdemokratischer Selbstzerfleischung keineswegs eine bloss schweizerische Erscheinung darstellt. Die britische Labourpartei bot kürzlich mit ihrem Kongress ein ähnliches Schauspiel. Und in Deutschland haben die ungeheuren inneren Spannungen und Verspannungen der Kanzlerpartei nicht nur zur weitgehenden Paralysierung der Koalition, son-

dern zu einer gesellschaftlich-politischen Krisensituation überhaupt geführt. Zwar zeichnen sich zum Beispiel die englischen Konservativen gegenwärtig auch nicht gerade durch innere Geschlossenheit aus; doch handelt es sich in diesem Falle gewissermassen um normale Spannungen im Rahmen einer bürgerlichen Sammelpartei, die mit dem internen Interessenausgleich auf dem Hintergrund einer permanenten, in weiten Teilen strukturell bedingten Wirtschaftskrise und angesichts eines drohenden Mehrheitsverlusts nicht mehr zu Rande kommt.

Die Erklärung für diese nicht nur in England sichtbare Differenz zwischen sozialistischen und nichtsozialistischen Parteien liegt – es tönt nach Gemeinplatz, ist aber trotzdem richtig – im Wesen der sozialistischen Weltanschauung begründet, die sich trotz allen Pragmatisierungen in der politischen Wirklichkeit offensichtlich ein gutes Stück von jener Affinität zu sozial-utopischen Zielvorgaben bewahrt hat, die seinerzeit den Marxismus zur gesellschaftspolitischen Kraft mit revolutionärer Sprengwirkung hatte werden lassen. Daraus erklärt sich die Tatsache, dass in den sechziger Jahren eine «Neue Linke» mit dem erklärten Ziel entstehen konnte, die «Selbstentfremdung» des Menschen in der saturierten Wohlstandsgesellschaft durch neue, an «echten» Bedürfnissen orientierte Gesellschaftsformen zu überwinden. Von hier aus wird auch verständlich, dass die sozialistischen Parteien der siebziger und achtziger Jahre zu gewissemassen vorprogrammierten Sammelbecken für idealistische Wachstumskritiker, Umweltschützer, Atomgegner oder Vor-

kämpfer einer bedingungslosen Abrüstungspolitik werden konnten.

Es liegt im Wesen utopischer Denkansätze, dass damit zugleich eine neue Inkubation von «Spaltpilzen» einherging. Die plötzliche Attraktivität der sozialistischen Parteien für intellektuelle Kreise *musste* zu Spannungen mit den angestammten, gewerkschaftlich-pragmatisch orientierten Parteischichten führen, da sich diese nicht ohne weiteres zu Instrumenten der Umstülpung aller gesellschaftlichen Strukturen umfunktionieren liessen. Damit aber wurde der für utopische Strömungen ohnehin früher oder später unausweichliche Prozess der Desillusionierung und Frustration fast postwendend eingeleitet und entsprechend beschleunigt. Dieser Entwicklung und ihrem äusseren Bild der tiefen Zerrissenheit steht indessen die Erfahrung von Generationen gegenüber, solche Krisen in unterschiedlichen Spielarten, aber nach – genauer betrachtet – ständig wiederkehrenden Grundmustern durchzustehen und letzten Endes zu bewältigen. Natürlich sind Abspaltungen durchaus denkbar. Doch würde es kaum sonderlich überraschen, wenn die Sozialdemokratie in der Schweiz und anderswo die gegenwärtigen Wellentäler, die für nicht-sozialistische Parteien fast tödlich sein könnten, letzten Endes in verhältnismässig guter Verfassung überstehen würden – ganz einfach deshalb, weil die Neigung zum Tagtraum von der «Neuen Gesellschaft» trotz allen Richtungsstreitereien und Unterschieden der Intensität nach wie vor auch in den pragmatischeren Flügeln der Sozialdemokratie weiterlebt und damit die Möglichkeit einschliesst, scheinbar Unversöhnliches doch wieder in eine

politische Gemeinschaft einzubinden, die aus ihrem Selbstverständnis heraus im Grunde ihres Wesens nicht ohne

eine Art von säkularisierter Heiserwartung auszukommen scheint.

Richard Reich

USTERIS WETTBEWERB DER SOLIDARITÄT

Prof. Martin Usteri hat kürzlich eine nicht allzu umfangreiche Publikation veröffentlicht, die den Titel «*Das Verhältnis von Staat und Recht zur Wirtschaft in der Schweizerischen Eidgenossenschaft*» (Schulthess Polygraphischer Verlag, Zürich 1981) veröffentlicht. Unter dem etwas schwerblütigen Titel versucht Usteri eine «Wettbewerbsphilosophie» auf die Beine zu stellen und anzupreisen, die Kartelle als Elemente einer natürlichen Ordnung versteht. In diesem Traktat von 67 Seiten ist Erstaunliches zu lesen, bis es Usteri «gelingt», die Kartelle in einen natürlichen Wettbewerbsbegriff einzupacken und sie aus der «Unverwechselbarkeit der Schweiz» als reine, fast möchte man sagen selbstlose, weil auf Selbsthilfe beruhende Institutionen zu legitimieren. Bei der Lektüre von Usteris Schrift wird der Eindruck unwiderrstehlich, es könnte sich bei den Kartellen um Wohltätigkeitsinstitutionen handeln. Die *Liberalen*, vor allem die Ordo- und Neoliberalen, kommen bei diesen geistigen Turnübungen *nicht* gut weg, weil sie das Hauptgewicht ihrer Überlegungen auf die Daseinsvorsorge legen, d. h. «auf ein Bündel verschiedenartigster und von verschiedenen Instanzen ausgeübter Funktionen», in denen der Gemeinschaftsgedanke *negiert* wird. Zwei Sätze weiter aber lobt Usteri den eminenten Gelehrten *Alexander Rüstow*,

der demgegenüber zu Recht die *Gemeinschaft* als naturgemäß gewachsene, freiwillige, auf gegenseitiger Anerkennung beruhende Hierarchie charakterisiert hat. Richtig zitiert! Usteri hat lediglich die Kleinigkeit übersehen, dass Rüstow zu den *Ordoliberalen der ersten Stunde* gehört. Nur ein kleines Missverständnis? Oder vielleicht nicht auch ein Symptom? Rüstow gehörte immerhin bis zu seinem Tode zu den Herausgebern von «*Ordo*».

Das ordo- bzw. neoliberale Verständnis von Usteri ist, das belegt die erwähnte Stelle wie andere Passagen in seiner Schrift, nicht eben von umwerfender Tiefenschärfe. Deshalb bekundet der Rechtsgelehrte auch einige Mühe, die in ihren «einseitigen nationalökonomischen Theorien» enthaltenen Thesen so zu verstehen und zu beurteilen, wie sie gemeint sind. Die neoliberale Auffassung vom Wettbewerb als einer «staatlichen Veranstaltung» vor allem hat es Usteri angetan, der er seinen Begriff vom Wettbewerb als eines «natürlichen» Verhaltens gegenüberstellt. Es braucht wahrlich nicht viel Beobachtungsgabe und Phantasie, um zu erkennen, dass Wettbewerb eben *keine* natürliche Ordnung ist, sondern, sich selbst überlassen, die Tendenz hat, zu zerfallen. Das hat schon Adam Smith vor nun mehr als 200 Jahren gewusst. Wettbewerb muss deshalb *rechtlich abgesichert* werden,

wenn er Bestand haben soll. Darin, und nur darin ist die «staatliche Veranstaltung» zu sehen.

Weil Usteri aber auch im kartelistisch verbogenen Wettbewerb das «Normale» glaubt erkennen zu können, gelingt ihm – eine immerhin bemerkenswerte Leistung – in seiner dem Wettbewerb gewidmeten Schrift, den Konsumenten zu einer Randfigur des Ordnungsdenkens abzuwerten, die Funktionsmerkmale des Wettbewerbs in einem System mit dezentralen Entscheidungsstrukturen mit keinem Wort zu erwähnen und auch auf den freiheitssichernden Charakter des Wettbewerbs kaum einzugehen. Der Selbsthilfegedanke beginnt bei Usteri derart zu dominieren, dass er alle andern

Aspekte, die die wettbewerbspolitische Literatur ausmachen, unter sich begräbt. Selbsthilfe eigentlich für wen? Und um welchen Preis? Der Preis heisst Diskriminierung und Erhaltung einer Privilegiengesellschaft, die nur dann eine Legitimation für sich beanspruchen kann, wenn sie sich aus übergeordneten Interessen zu rechtfertigen vermag. Als allgemeines Prinzip jedoch muss die Sicht Usteris zum Zerfall von Ordnungen führen. Wen wundert's, dass Usteri Arm in Arm mit der «Studiengruppe für Kartellfragen» marschiert, die sich allein deshalb konstituiert hat, um die Revision des Kartellgesetzes bis aufs Messer zu bekämpfen?

Willy Linder



**BANK HOFMANN AG
ZUERICH**

Talstrasse 27,
Telefon 01/211 57 60
